

# 10. Die internationalen Beziehungen nach dem Zweiten Weltkrieg. Ein neues Verständnis des Kalten Krieges? (1945–1990)

Publizisten und Wissenschaftler aus aller Welt, besonders aus den USA und den westlichen Ländern, haben im letzten halben Jahrhundert Tausende von Büchern und Aufsätze über Ursachen, Struktur und Verlaufsform, über die ereignisgeschichtlichen Höhepunkte und Hauptakteure, die verpassten Alternativen und verhinderten Katastrophen des Kalten Krieges geschrieben. Die historiographische Situation beginnt der Deutungsgeschichte älterer weltgeschichtlicher Großereignisse zu ähneln, etwa der Deutungsgeschichte des Falls von Rom, der Reformation, der Amerikanischen, Französischen oder Russischen Revolution, des Ersten und Zweiten Weltkrieges, des Nationalsozialismus und des Holocaust. Wer in diesen Fällen anhand einer repräsentativen Leseliste den kühnen Versuch unternimmt, sich auf den sogenannten Stand der Forschung zu bringen, kann leicht resignieren: Er wird hineingezogen in eine verwirrende Fülle von Interpretationen, Revisionen und Revisionen der Revisionen. Er bemerkt gelegentlich Windstille, sehr oft alten Wein in neuen Schläuchen, zwischenzeitlich auch einmal ein Ende der Debatte aus Erschöpfung und Desinteresse, schließlich den Weiterzug der Karawane der Interpreten; aber auch, wie im Falle des Kalten Krieges, eine Revitalisierung der Diskussion durch neue Quellen und veränderte Fragestellungen.

Gelegentlich findet der ratlose Student einen scharfsinnigen Kopf wie den Berliner Althistoriker Alexander Demandt, der am Ende seiner Interpretationsgeschichte der Auflösung des Römischen Reiches von Augustinus bis Mommsen und Jones ein alphabetisches Verzeichnis von 210 Kausalfaktoren erstellte, die bisher für den Niedergang des Römischen Reiches verantwortlich gemacht wurden. Keine Angst, ganz so weit sind wir noch nicht im Falle des Kalten Krieges. Immerhin habe ich schon vor 15 Jahren einmal mit meinen Studenten ohne Mühe eine kleine Auswahl von gut 50 Faktoren zusammengetragen, die in der Forschung bis dahin auf irgendeine Weise allein für die Ursachen des Kalten Krieges verantwortlich gemacht wurden. 14 Kausalfaktoren bezogen sich auf Stalin und das sowjetische System, 26 auf Roosevelt, Truman und das amerikanische System, während sich 14 eher mit strukturellen, beide Seiten einschließenden Problemen beschäftigten, wie der Dynamik wechselseitiger Perzeptionen und Fehlperzeptionen, dem eskalierenden Aktions-Reaktions-Mechanismus, mit dem klassischen Sicherheitsdilemma, mit Machtvakuen in Europa und Asien, den Gesetzen der politischen Schwerkraft und der Geopolitik oder den unvermeidlichen Konflikten, die aus einer bipolaren Struktur der internationalen

*Erstveröffentlichung:* Die internationalen Beziehungen nach dem Zweiten Weltkrieg. Ein neues Verständnis des Kalten Krieges?, in: Hans-Hermann Hertle/Konrad H. Jarausch/Christoph Kleßmann (Hg.): Mauerbau und Mauerfall. Ursachen, Verlauf, Auswirkungen. Christoph Links Verlag. Potsdam 2002, S. 19–31.

Beziehungen entstehen müssen. Ich selbst neige inzwischen dazu, den Kalten Krieg in erster Linie aus diesen strukturellen Faktoren zu erklären. Eine Konsequenz daraus für mich ist: Keine Seite hat den Kalten Krieg geplant und gewollt, er hat sich ergeben.

Von dieser verwirrenden Fülle der Interpretationen ist es nur ein kleiner Schritt zum erkenntnistheoretischen Relativismus; zu der Anerkennung nämlich, dass die radikale philosophische Hermeneutik mit ihrem Urteil über die grundsätzliche Geschichtlichkeit, lebensweltbedingte Standortgebundenheit und damit Subjektivität jeder historischen Aussage recht hat. Für eine solche skeptische Position liefern die Historiker des Kalten Krieges selbst, so scheint es, die besten Argumente, und zwar auf dreifache Weise.

Erstens publizieren sie in allen Ländern mit einiger geschichtswissenschaftlicher Tradition Beiträge zur Geschichte der Erforschung des Kalten Krieges, in denen sie die aufeinanderfolgenden Richtungen, Strömungen, Schulen und Interpretationen Revue passieren lassen. Eine Analyse der Beiträge der Zeitschrift »Diplomatic History« von 1977 bis zur Gegenwart ist in dieser Hinsicht besonders aufschlussreich. Die Standardunterteilung der US-Historiker zum Kalten Krieg lautet: Orthodoxie der fünfziger Jahre, Revisionismus der sechziger und siebziger Jahre, Postrevisionismus der achtziger Jahre, eine neue, offene und unübersichtliche Situation nach dem Ende des Kalten Krieges und dem selektiven Zugang zu Quellen aus dem ehemaligen Reich von Stalin und Mao. Der zweite Versuch von John Lewis Gaddis zum Beispiel festzustellen, was wir nun sicher wüssten (»we know now«), ist ebenso auf Kritik gestoßen wie sein erster Versuch einer postrevisionistischen Synthese Anfang der achtziger Jahre.<sup>1</sup>

Zweitens werden als Ursachen für die Entstehung einer neuen Schule oder einer neuen Interpretation sehr oft nicht neue Quellen, nicht vernachlässigte Kausalzusammenhänge angegeben, sondern die Veränderung der Realgeschichte selbst, das heißt der Lebenswelt und Vorurteilsstruktur der nächsten Generation von Historikern. Die eben genannte Standardunterteilung wird zum Beispiel dauernd zurückbezogen auf den frühen Kalten Krieg, den Vietnamkrieg und die Bürgerrechtsbewegung, die Entspannungspolitik. Von dem Prinzip der Parteilichkeit in den totalitär verfassten, kommunistischen Staaten, das die Historiker zwang, als Verwalter und Interpret dogmatischer Weltanschauungen die Forschung andauernd umzuschreiben und zu verfälschen, und Abweichungen von der jeweiligen »Parteilinie« mit Sanktionen bestrafte, will ich erst gar nicht sprechen.

Drittens erhalten die unterschiedlichen Deutungen durch die Historiker nicht selten politisch-weltanschauliche Etiketten, als wollten die Geschichtswissenschaftler, um mit Goethe zu reden, selbst keinen Zweifel daran lassen, dass es wirklich der Herren, heute auch der Damen, eigener Geist ist, in dem die Zeiten sich bespiegeln. So heißt es in einer neueren Gesamtgeschichte der USA unter dem Titel »Why Historians

1 Vgl. John Lewis Gaddis, *We Now Know: Rethinking Cold War History*, Oxford 1997; ders., *The United States and the Origins of the Cold War, 1941–1947*, New York 1972; ders., *The Emerging Post-Revisionist Synthesis on the Origins of the Cold War*, *Diplomatic History* 7 (Summer 1983), S. 171–190. – Zur Diskussion um die neue Synthese vgl. Melvyn P. Leffler, *What Do »We Now Know«?* In: *The American Historical Review*, Vol. 104, Nr. 2, April 1999, S. 501–524.

Disagree?« lakonisch: »Soziale, rassische, ethnische und sexuelle Unterschiede bei den Historikern tragen alle zur Ausprägung unterschiedlicher Ansichten bei.«<sup>2</sup>

Was haben sich also die klugen Planer dieses Bandes gedacht, als sie mir den ehrenvollen Auftrag gaben, über »ein neues Verständnis des Kalten Krieges« – mit Fragezeichen – nachzudenken? Sie haben hoffentlich nicht erwartet, dass ich auf wenigen Seiten in einem großen Wurf die vielen neuen Einzelergebnisse der Forschung der letzten zehn Jahre – nach dem Ende des Kalten Krieges und angesichts neuer Quellen, die zum Beispiel vom Cold War International History Project am Woodrow Wilson Center in Washington D. C. so vorbildlich aufgearbeitet werden – in einer neuen Synthese zusammenfasse, mit den Interpretationsangeboten der vorangegangenen 40 Jahre kontrastiere und dann kritisch frage, ob es wirklich so etwas wie ein neues Verständnis der internationalen Beziehungen des Kalten Krieges gibt. Eine solche neue Synthese, eine solche »Master-Narrative« (»Meistererzählung«) gibt es nicht, kann es im übrigen nach postmoderner Einsicht überhaupt nicht geben. Melvin P. Leffler hat zum Beispiel für seinen Versuch, nur für die Anfangsphase des Kalten Krieges eine solche Synthese in seiner Auseinandersetzung mit John Lewis Gaddis vorzuschlagen, über 200 Neuerscheinungen zu Rate gezogen.<sup>3</sup>

Spätestens jetzt, der Leser wird es schon ahnen, kommt daher der unvermeidliche Bescheidenheitstypus eines überforderten Historikers, der den Erwartungshorizont reduzieren muss. Ich kann und möchte keine neue Synthese anbieten, sondern drei Schneisen durch den Urwald möglicher Interpretationen des Kalten Krieges schlagen, und zwar am Leitmotiv der Globalität.

Mein erstes Leitmotiv ist die Frage nach der globalen Reichweite, dem globalen Aktionsradius der beiden Supermächte des Kalten Krieges, der USA und der Sowjetunion; das zweite fragt nach der Bedeutung Asiens, Afrikas und Lateinamerikas für die Intensivierung, Verlängerung und Globalisierung des Kalten Krieges; und mit meinem dritten Leitmotiv möchte ich vorschlagen, das Jahr 1968 auch in den internationalen Beziehungen als globales Wendejahr des Kalten Krieges zu akzeptieren.

Wenn es denn überhaupt so etwas wie eine *prima causa* in komplexen historischen Prozessen gibt, so liegt für mich die – nicht beabsichtigte – *prima causa* des Kalten Krieges in der Globalisierung des außenpolitischen Aktionsradius der USA, der seinerseits in der Globalisierung der amerikanischen Interessen und Werte begründet liegt. Diese Globalisierung ist die wichtigste Ursache für den qualitativen Sprung der USA von einer Weltmacht unter anderen Weltmächten zur Supermacht des Kalten Krieges und des atomaren Zeitalters. Globalisierung soll heißen, dass für die USA prinzipiell die Zukunft der gesamten Welt, besonders des eurasischen Doppelkontinentes, den Mittleren Osten eingeschlossen, von potentiell vitaler Bedeutung war. Nicht nur der strukturelle Ost-West-Konflikt, sondern auch seine regressive und kämpferische Form, eben der Kalte Krieg, ist ohne diesen amerikanischen Globalismus nicht zu erklären.

2 Richard N. Current/T. Harry Williams/Frank Freidel/Alan Brinkley, *Why Historians Disagree*, in: *American History*, 7, New York 1987, S. 64.

3 Vgl. Leffler, *What Do »We Now Know«?*, S. 501–524.

Zwar hat man oft gesagt, dass der teils verdeckte, teils offene Weltbürgerkrieg des 20. Jahrhunderts schon im Jahre 1917 begann, als die beiden großen Revolutionäre, Lenin und Wilson, antagonistische Modelle für die ganze Welt verkündeten; aber es bedurfte der Herausforderung durch die Achsenmächte und Japan in den dreißiger Jahren und eines fast homerischen Kampfes zwischen den sogenannten Isolationisten und Internationalisten in der US-Innenpolitik von 1937–1941, um den US-Globalismus dauerhaft in den Köpfen, Institutionen, außenpolitischen Strategien und Maximen des Landes zu verankern. Nicht erst die Enttäuschung nach 1945 über den Zusammenbruch der universalistischen Nachkriegsplanung im Kriege, sondern der schließliche Eintritt der USA in den Zweiten Weltkrieg haben den Grundwiderspruch der amerikanischen Außenpolitik in der Zwischenkriegszeit beseitigt: den Widerspruch zwischen der wirtschaftlichen, in Ansätzen auch kulturellen Anwesenheit der USA in Europa und Asien einerseits, der militärischen und bündnispolitischen Abwesenheit andererseits.

Präsident F. D. Roosevelt formulierte am 21. Januar 1941 gleichsam das Leitmotiv der Pax Americana des 20. Jahrhunderts, als er an den US-Botschafter in Japan schrieb: »Ich glaube, die fundamentale Aufgabe ist, zu erkennen, daß die Kämpfe in Europa, in Afrika und in Asien alle Teile eines einzigen Weltkonfliktes sind. Wir müssen deshalb erkennen, daß unsere Interessen in Europa und in Asien bedroht werden. Wir sind der Aufgabe verpflichtet, unsere Lebensweise und unsere vitalen Interessen zu verteidigen, wo immer sie ernsthaft gefährdet sind. Unsere Strategie der Selbstverteidigung, die jede Front berücksichtigt und jede Gelegenheit nutzt, zu unserer totalen Sicherheit beizutragen, muß deshalb global sein.«<sup>4</sup>

Außenminister Dean Rusk meinte dasselbe, als er 1965 ausrief: »Wir müssen uns um alles kümmern, um alle Länder, Gewässer, die Atmosphäre und den uns umgebenden Weltraum.«<sup>5</sup>

Es ist eben kein Zufall, dass dieser Globalismus die Essenz aller großen strategischen Pläne und Sicherheitsmemoranden der USA von 1941 bis zur Gegenwart darstellt; von »ABC-1«, »Rainbow-5« und dem »Victory Program« aus dem Jahre 1941, die ein militärisches Verteidigungs-, Kriegs- und Siegeskonzept formulierten, eine Art globaler Vorwärtsverteidigung, in dem der Unterschied von defensiv und offensiv im geographischen Sinne bis zur Unkenntlichkeit verwischt wurde, bis zum Memorandum NSC 68 aus dem Jahre 1950 und der globalstrategischen Lagebeurteilung des National Intelligence Council »Global Trends 2015« aus diesem Jahr.<sup>6</sup>

Diese Globalisierung wurzelt in den inneren Bedingungen der USA, in der Kraft und Flexibilität ihrer Institutionen, der wachsenden wirtschaftlichen und militärischen Stärke des Landes, aber auch im Manichäismus der amerikanischen Zivilreligion. Diese Zivilreligion produzierte einerseits immer aufs Neue die notwendigen

4 Joseph C. Grew, *Ten Years in Japan. A Contemporary Record Drawn From the Diaries and Official Papers of J. C. Grew*, New York 1941, S. 359. – Siehe auch: Detlef Junker, *Der unteilbare Weltmarkt. Das ökonomische Interesse in der Außenpolitik der USA, 1933–1941*, Stuttgart 1975.

5 Zit. nach: Paul M. Kennedy, *Aufstieg und Fall der großen Mächte. Ökonomischer Wandel und militärische Konflikte von 1500–2000*, Frankfurt/Main 1991, S. 136.

6 Zum strategischen Globalismus vgl. Detlef Junker, *Von der Weltmacht zur Supermacht. Amerikanische Außenpolitik im 20. Jahrhundert*, Mannheim 1995.

Feindbilder, andererseits ist sie für die Entgrenzung und Universalisierung der amerikanischen Mission der Freiheit verantwortlich, für die Mission, die Welt für die Demokratie sicher zu machen.

Die Globalisierung des amerikanischen außenpolitischen Handlungsradius erwuchs aber auch aus der zunehmenden Interdependenz der Weltpolitik im 20. Jahrhundert selbst, auch als Reaktion auf die Außenpolitik von Feinden und Verbündeten der USA, besonders aus den, oft übertriebenen, Bedrohungsvorstellungen, die die Taten und Ideologien anderer Staaten und Gesellschaften in den Köpfen der Amerikaner und ihrer Politiker hervorriefen. So gibt es seit Beginn dieses Jahrhunderts eine fast ungebrochene Kontinuität der Übertreibung der vermeintlichen sicherheitspolitischen Gefährdung der westlichen Hemisphäre. Innerhalb dieses amerikanischen Globalismus kann man drei große Zielvorstellungen unterscheiden, die allerdings nicht immer gleichgewichtig nebeneinander standen: den unteilbaren, liberal-kapitalistischen Weltmarkt; die unteilbare Sicherheit, das heißt die Aufrechterhaltung eines pro-amerikanischen Gleichgewichts in der Welt und die Verhinderung feindlicher Hegemonialmächte auf dem eurasischen Doppelkontinent, die langfristig die Sicherheit der westlichen Hemisphäre, das Sanktuarium der USA, gefährden könnten; und die unteilbare Freiheit, das heißt das weltweite Gebot, Demokratie und repräsentative, aus freien Wahlen hervorgegangene Regierungen zu fördern, zu fordern und zu unterstützen.

Diese globalen Zielvorstellungen der USA waren, wie schon angedeutet, dialektisch mit globalen Bedrohungsszenarien verbunden, im Falle des Kalten Krieges mit der subjektiven Gewissheit, dass der Kommunismus zunächst in Europa und Asien, nach der Globalisierung der sowjetischen Außenpolitik in der Ära von Chruschtschow auch im Mittleren Osten, in Afrika und Lateinamerika eben alle drei Unteilbarkeiten gefährde.

Nur Anfang der siebziger Jahre haben Nixon und Kissinger einmal versucht, die Amerikaner vom Manichäismus zu befreien und ihnen ausgerechnet jenes Konzept der internationalen Beziehungen zurückzugeben, von dem Präsident Wilson die Welt, zumindest rhetorisch, befreien wollte: das Konzept des Gleichgewichts der Mächte. Das Beste, was man in der internationalen Staatenwelt erwarten dürfe – nämlich nicht ewigen Frieden, sondern eine mittelfristige Stabilität des Systems –, könne, so Kissinger, nur gewährleistet werden, wenn man die Existenz der Hauptmächte, unabhängig von ihrer jeweiligen inneren Ordnung, als legitim anerkenne. Die gesamte Kritik an Nixon und Kissinger lebt von dem Argument, dass diese beiden Männer durch nackte Real- und durch Geheimpolitik Amerikas beste Tradition verraten hätten.

Dieser US-Globalismus hat, das sei nur erwähnt, globale Methoden und Handlungsmaximen hervorgebracht. Es sei nur an die multilateralen Bündnisse (NATO, SEATO, ANZUS, CENTO, Pakt von Rio) und bilateralen Bündnisse, die weltweiten Basen, die Fähigkeit der US-Luftwaffe und Marine zur globalen Machtprojektion, die globale Militär- und Wirtschaftshilfe, die global operierenden Geheimdienste, last but not least an die globale Zerstörungskraft der US-Nuklearwaffen erinnert; oder an

die globale München-Analogie (no Munich in Europe and Asia), die Truman-Doktrin oder die Domino-Theorie als weltweite Handlungserklärung.

Schließlich könnte man in diesen Globalismus unschwer viele Ergebnisse der neuen Kulturgeschichte integrieren, soweit sie sich mit der »Amerikanisierung«, der globalen Ausbreitung des »American way of life« während des Kalten Krieges beschäftigt. Dabei erscheint es mir sinnvoll, zwei Dinge zu unterscheiden: erstens die »Amerikanisierung von oben«, das heißt die Versuche staatlicher und staatlich gelenkter Akteure, die Amerikanisierung und Homogenisierung der nichtkommunistischen Welt als Waffe im Kalten Krieg einzusetzen.<sup>7</sup> Das kann dann mit der »Sowjetisierung« auf der anderen Seite kontrastiert werden. Konrad Jarausch und Hannes Sigrist haben in einem wichtigen Sammelband diese Gegenüberstellung von Amerikanisierung und Sowjetisierung zum Leitmotiv gemacht.<sup>8</sup> Zweitens die »Amerikanisierung von unten«, das heißt den grenzüberschreitenden Einfluss nichtstaatlicher Akteure, besonders im Bereich der Massen- und Populärkultur, gegen den zum Beispiel selbst in der DDR kein Kraut gewachsen war.

Die nichtkommunistische Welt wurde in unterschiedlicher Dichte Teil einer Sicherheits-, Werte-, Produktions-, Konsum-, Informations-, Freizeit-, Reise-, Spaß- und Unterhaltungsgemeinschaft unter amerikanischer Hegemonie, nicht unter amerikanischer Herrschaft. Hegemonie soll hier als gebändigte Macht, als vorwiegender Einfluss verstanden werden. Das hatte zur Folge, dass den von der amerikanischen Hegemonie betroffenen Staaten und Gesellschaften erhebliche Freiheits- und Entscheidungsspielräume blieben. »Empire by Invitation« oder »Empire by Integration«, wie der norwegische Historiker Geir Lundestad diesen Sachverhalt genannt hat.<sup>9</sup>

Damit komme ich zum Problem des Globalismus in der sowjetischen Außenpolitik, allerdings mit einigem Zögern, weil ich die russische Sprache nicht beherrsche, meine Analyse auf die wissenschaftliche Literatur in westlichen Sprachen angewiesen ist, etwa auf die Bücher von Vladislav Zubok und Constantine Pleshakov, Vojtech Mastny, Edvard Radzinsky und Norman Naimark.<sup>10</sup> Ich kann also im Zweifelsfall die Primärquellen nicht selbst konsultieren. Gerade deshalb sind auch für mich die Übersetzungen im Rahmen des Cold War International Projects von großer Bedeutung. Viel verdanke ich auch meinem Heidelberger Kollegen, dem Osteuropahistoriker

7 Vgl. Michael J. Hogan (Hg.), *The Ambiguous Legacy: U.S. Foreign Policy in the American Century*, New York 1999; Peter Duignan/L. H. Gann, *The Rebirth of the West. The Americanisation of the Democratic World, 1945–1958*, Lanham, Md. 1996; Rob Kroes, *If You've Seen One, You've Seen the Mall. Europeans and American Mass Culture*, Urbana 1996. – Zum kulturellen Einfluss der USA auf Deutschland vgl. jetzt Detlef Junker (Hg.), *Die USA und Deutschland im Zeitalter des Kalten Krieges*, Ein Handbuch, Bd. 1, 1945–1968; Bd. 2, 1968–1990, Stuttgart/München 2001; darin besonders die Kapitel über Kultur und Gesellschaft.

8 Konrad Jarausch/Hannes Sigrist, *Amerikanisierung und Sowjetisierung in Deutschland, 1955–1970*, Frankfurt-Main/New York 1997.

9 Geir Lundestad, »Empire« by Integration. The United States and European Integration, 1945–1997, Oxford 1998; ders., *Empire by Integration? The United States and Western Europe, 1945–1952*, in: *Journal of Peace Research* 23, September 1986, S. 263–277.

10 Vladislav Zubok/Constantine Pleshakov, *Inside the Kremlin's Cold War: From Stalin to Khrushchev*, Cambridge, MA, 1996; Vojtech Mastny, *The Cold War and Soviet Insecurity: The Stalin Years*, New York 1996; Edvard Radzinsky, *Stalin: The First In-Depth Biography Based on Explosive New Documents from Russia's Secret Archives*, New York 1996; Norman Naimark, *The Russians in Germany: A History of the Soviet Zone of Occupation, 1945–1949*, Cambridge, MA 1995.

Heinz-Dietrich Löwe. Seine neue Stalin-Biografie, die im Herbst 2001 erscheinen wird, habe ich gerade für die von mir herausgegebene Reihe »Persönlichkeit und Geschichte« lektoriert. Die vielen Gespräche mit dem Autor haben, so hoffe ich wenigstens, mein Urteil über das sowjetische System unter Stalin, eben den Stalinismus, geschärft.<sup>11</sup>

Im Gegensatz zur amerikanischen Hegemonie war Stalins Machtbereich nicht nur durch Herrschaft, sondern durch die Herrschaft des systematischen Terrors geprägt. Stalin etablierte seit Ende der zwanziger Jahre mit enormer Energie und Arbeitskraft eine kühl kalkulierte, sorgfältig geplante, die jeweiligen Kräftekonstellationen genau berücksichtigende, gegen jedes menschliche Leid absolut unempfindliche, die Massenmorde sadistisch genießende Terrorherrschaft als Prinzip. Nimmt man die Würde des Einzelnen und seine körperliche Unversehrtheit zum politisch-moralischen Maßstab, so steht der terroristische Massenmörder Stalin auf einer Ebene mit Hitler und Mao. Bucharin sprach zu Recht schon 1928, in Anspielung auf Stalin, von einer »Dschingis-Khan-Kultur des ZK«. <sup>12</sup> An einem einzigen Tag, am 12. Dezember 1938, sanktionierten Stalin und Molotow persönlich die Hinrichtung von 3167 Menschen. Anschließend entspannten sie sich mit amerikanischen Filmen, die das einfache Volk natürlich nicht sehen durfte. <sup>13</sup> Terror und Repression, Klassenkampf in Permanenz und periodisch wiederkehrende Säuberungen waren, wenn er die Möglichkeit dazu hatte, Stalins politischer »modus operandi« und zwar in der Innen- und Außenpolitik. Einschränkungen seiner Machtmöglichkeiten, seines diktatorischen Despotismus, nahm der bodenlos misstrauische Stalin nur hin, wenn die innen oder außenpolitischen Kräftekonstellationen, die er mit hoher Konzentration, allerdings oft fehlerhaft, analysierte, es ihm opportun erscheinen ließen. Wo er Schwäche und nachlassenden Widerstand vermutete, fiel er sofort auf seinen modus operandi zurück.

In Stalins Weltbild gab es keine legitime Gegengewalt, nicht einmal legitime Hegemonie. Die amerikanische Grundposition, im Rahmen der unteilbaren Freiheit an der westlichen Peripherie der Sowjetunion zwar sowjetfreundliche, aber zugleich aus freien Wahlen hervorgegangene Regierungen zu fordern, ihm eben Hegemonie und nicht Herrschaft zuzugestehen, war für ihn eine hinterlistige, kapitalistische Verschwörung. Der oft beschriebene Gradualismus der Sowjetisierung der Staaten und Gesellschaften Ost- und Mitteleuropas von 1945–1948 war aus Stalins Sicht eine taktische Variante einer vorsichtigen, die jeweilige Kräftekonstellation realpolitisch analysierenden, dennoch expansiven sowjetischen Außenpolitik in Europa. Deren wichtigstes Ziel war ihr Einfluss auf ganz Deutschland. »Ganz Deutschland muß unser werden«, erklärte Stalin laut Milovan Djilas der jugoslawischen Delegation im Frühjahr 1946. <sup>14</sup> Die Gegenmachtbildung des Westens im Rahmen der berühmten Politik der doppelten Eindämmung und die Westintegration der Bundesrepublik waren für Stalin und seine Nachfolger deshalb ein schwerer Schlag: auch deshalb, weil schließlich alle Versuche der Sowjetunion scheiterten, genau das zu verhindern.

<sup>11</sup> Heinz-Dietrich Löwe, Stalin. Terror als System, Göttingen 2001.

<sup>12</sup> Ebd.

<sup>13</sup> Ebd.

<sup>14</sup> Ebd.

Daneben richtete sich der sowjetische Expansionismus, der sich entweder nur in Forderungen oder auch in politisch-militärischen Aktionen manifestierte, auf Tanger, Lybien, Syrien, den Libanon, den Iran, Aserbeidschan und die Türkei. Ein geradezu klassischer Fall des vorsichtigen Expansionismus war Stalins Taktik in der Meerengenfrage (Dardanellen und Bosphorus). Nachdem er zunächst vom zögernden Außenminister Molotow gefordert hatte: »Machen Sie weiter, wenden Sie Druck an«, ließ Stalin seine Forderung fallen, als Truman die US-Flotte in das östliche Mittelmeer verlagerte.<sup>15</sup> Auch in Ostasien ist ein vorsichtiger sowjetischer Expansionismus unverkennbar; es sei nur an Korea erinnert, über das ich in einem anderen Zusammenhang noch sprechen werde.

Was bedeutet dies alles für die Frage des sowjetischen Globalismus? Stalins Sowjetunion verstand sich in der tatsächlichen Politik nicht als globale Macht, wenn Stalin auch an das Ziel der Weltrevolution glaubte und vermutlich als »Gläubiger« gestorben ist. Diese Aussage gilt unabhängig von der unendlich oft diskutierten Frage, ob der vorsichtige Stalin'sche Expansionismus aus groß-russischen Traditionen, weltrevolutionär-kommunistischer Ideologie, realpolitischen Überlegungen oder einer Kombination dieser Motive entstanden ist. Die expansiven Ambitionen der latenten eurasischen Herrschaftsmacht waren auf Eurasien beschränkt, was der amerikanische Globalismus nur de facto, nie moralisch hinnehmen konnte. Die kommunistische Weltrevolution war unter Stalin kein Teil operativer Politik, einen dritten Weltkrieg wollte auch Stalin nicht riskieren.

Erst unter Chruschtschow wurde die Sowjetunion von einer eurasischen Macht zu einer Macht mit globaler Reichweite. Besonders deutlich wurde das in der zunehmenden Aktivität der UdSSR im Mittleren Osten, in den Entwicklungsländern Asiens und Afrikas, schließlich sogar im Allerheiligsten der USA, in Lateinamerika. Der einzige Politiker, der nach dem Koreakrieg je im großen Stil die Politik des »Roll Back« versuchte, war Chruschtschow. Mit der Berlinkrise sollte auch die Stellung der USA in Westeuropa unterminiert, mit der Kubakrise auch strategische Parität mit den USA erzwungen werden.<sup>16</sup>

Schließlich würde ich die These wagen, dass das Ende der Détente in der Mitte von Carters Amtszeit und der Zweite Kalte Krieg auf den konkurrierenden Globalismus beider Supermächte zurückzuführen ist.

Damit komme ich zu meiner zweiten globalen Schneise, nämlich in Einklang mit neuen Ansätzen, etwa von Odd Arne Westad, Tony Smith und anderen, zu fragen, wie weit die lange als Objekt der Supermachtspolitik, als Schachfiguren im Kalten Krieg betrachteten Führer, Eliten und Ideologien der Dritten Welt in Asien, Lateinamerika, dem Mittleren Osten und Afrika nicht als selbständige Akteure betrachtet werden müssen, die aus eigenen Motiven den Kalten Krieg globalisierten, intensivierten und verlängerten. Das, so scheint mir, ist ein neues Paradigma des letzten Jahrzehnts, das

<sup>15</sup> Ebd.

<sup>16</sup> Zum Zusammenhang von Kuba- und Berlinkrise vgl. besonders John C. Ausland, Kennedy, Krushchev, and the Berlin-Cuba Crisis, 1961–1964, Oslo/Boston 1996; Lawrence Freedman, Kennedy's Wars. Berlin, Cuba, Laos, and Vietnam, New York 2000; Ernest R. May/Philip D. Zelikow (Hg.), The Kennedy Tapes. Inside the White House During the Cuban Missile Crisis, Cambridge, Mass. 1997.



Tony Smith kürzlich in einem Aufsatz unter dem Titel »New Bottles for New Wine: A Pericentric Framework for the Study of the Cold War« vorgestellt und mit einem populären amerikanischen Sprichwort eingeleitet hat: »Im Kampf kommt es nicht auf die Größe des Hundes an, sondern auf seinen Kampfeswillen.«<sup>17</sup>

Gerade die lange Dauer des Kalten Krieges und die Unfähigkeit, diesen nach der Entspannungspolitik in Europa zu beenden, könne man nur verstehen, wenn man die Dritte Welt zu einem kausal erheblichen Aspekt des Kalten Krieges mache. Insofern müsste ich meine eben selbst vorgetragene These vom konkurrierenden Globalismus beider Supermächte als die Ursache für das Ende der *Détente* relativieren.

Wohlgermerkt, dieser Ansatz geht über die ebenfalls in der neueren Geschichte der internationalen Beziehungen des Kalten Krieges verstärkt erforschte Frage hinaus, welchen Einfluss und welche Handlungsspielräume die Juniorpartner innerhalb der unbestrittenen amerikanischen Hegemonial- oder sowjetischen Herrschaftssphäre eigentlich besaßen. Um diese Frage zu personifizieren: Bis zu welchem Grade waren etwa der Brite Ernest Bevin, der Franzose Charles de Gaulle, die Deutschen Konrad Adenauer, Willy Brandt, Walter Ulbricht und Erich Honecker, der Pole Władysław Gomułka, der Rumäne Nicolae Ceausescu und der Tschechoslowake Alexander Dubček Akteure des Kalten Krieges, die zumindest seine Verlaufsform mitbestimmten?

Zum Beispiel General Charles de Gaulle: Der französische Staatspräsident, die selbsternannte Verkörperung des »ewigen Frankreich«, dachte immer an ein Europa unter französischer Führung, das Parität gegenüber den beiden Supermächten erreichen sollte. Als alle Pläne de Gaulles, als gleichberechtigter Partner in ein nukleares Direktorat USA-Frankreich-Großbritannien aufgenommen zu werden, am Widerstand der »Anglo-Saxons« scheiterten, nahm Frankreich sich 1963 die Freiheit, Großbritannien den Zugang zur Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft zu verweigern, die USA und die Verbündeten in der NATO mit der Entscheidung zu schockieren, die französischen Streitkräfte 1966 aus dem integrierten NATO-Verband auszugliedern, den Abzug sämtlicher amerikanischer Truppen vom französischen Boden zu fordern, das von den Amerikanern beherrschte Währungssystem von Bretton Woods zu unterminieren und den vergeblichen Versuch zu wagen, die Bundesrepublik durch den *Élysée-Vertrag* einseitig an Frankreich zu binden.<sup>18</sup> Von diesen Optionen wagten die westdeutschen Politiker nicht einmal zu träumen.

Auf der anderen Seite sei zum Beispiel an Walter Ulbricht, Erich Honecker und die DDR erinnert. »Über die Außen- und Deutschlandpolitik der SED-Führung«, so

17 Tony Smith, *New Bottles for New Wine: A Pericentric Framework for the Study of the Cold War*, in: *Diplomatic History*, Vol. 24, Nr. 4, Fall 2000, S. 567–591. Vgl. die Bernath Lecture von Odd Arne Westad im gleichen Heft: *The New International History of the Cold War: Three (Possible) Paradigms*, S. 551–565.

18 Vgl. z.B. Robert Paxton/Nicholas Wahl (Hg.), *De Gaulle and the United States. A Centennial Reappraisal*, Oxford 1994; Georges-Henri Soutou, *L'alliance incertaine. Les rapports politico-stratégiques franco-allemands, 1954–1996*, Paris 1996; Eckart Conze, *Dominanzanspruch und Partnerschaftsrhetorik: Die Bundesrepublik im Spannungsfeld von amerikanischer und französischer Politik 1945–1990*, in: Detlef Junker (Hg.), *Die USA und Deutschland im Zeitalter des Kalten Krieges*, Bd. 2, 1968–1990, S. 88–99.

ein neues Resümee von Martin Sabrow, entschied allein Moskau.<sup>19</sup> Man stelle sich einmal vor, John F. Kennedy hätte gegenüber de Gaulle so gesprochen, wie Leonid Breschnew gegenüber Honecker: »Erich, ich sage dir offen, vergiß das nie: die DDR kann ohne uns, ohne die Sowjetunion, ihre Macht und Stärke, nicht existieren. Ohne uns gibt es keine DDR.«<sup>20</sup>

Wie gesagt, der neue Ansatz geht darüber hinaus und fragt, wie z. B. Josip Broz Tito, Mao Zedong, Ho Chi Minh, Kim Il Sung, Che Guevara und Fidel Castro, Nasser und Ben Gurion, wie die Staaten, Gesellschaften und Ideologien, die sie repräsentierten, auf neue Weise in eine Gesamtinterpretation des Kalten Krieges integriert werden können. Die Frage ist also nicht, wie sie ihren Platz in einer allgemeinen Weltgeschichte nach 1945 oder in der Geschichte der Entkolonialisierung finden können. Was dieser neue perizentrische Ansatz im Auge hat, könnte man an zwei Beispielen demonstrieren, an Kim Il Sung und Fidel Castro.

Wir alle kennen die enorme Bedeutung des Koreakrieges für den Kalten Krieg. Er weitete den Konflikt nach Ostasien aus, revolutionierte die amerikanische Außenpolitik, und der »Fall-Out« des Koreakrieges war global. Wir wissen jetzt, dass die treibende Kraft für die Expansion über den 38. Breitengrad nach Süden hinaus nicht Stalin, sondern Kim Il Sung gewesen ist. 48 Telegramme soll Kim Il Sung an den zögernden Stalin gesandt haben, bevor dieser Anfang des Jahres 1950 endlich grünes Licht für den Überfall auf Südkorea gab; allerdings erst, nachdem Stalin auch Maos Einwilligung erhielt und nachdem er sich überzeugt hatte, dass die USA nicht eingreifen würden. Weder die USA noch die Sowjetunion noch China hätten also das Übergreifen des Kalten Krieges nach Ostasien, der dort zum Heißen Krieg wurde, verursacht, sondern ein charismatischer, nationalistischer und kommunistischer Führer eines vergleichsweise kleinen Landes.<sup>21</sup>

Ähnliches gilt dem perizentrischen Ansatz zufolge für Che Guevara und Fidel Castro. Die Lieblingsidee der linken, revisionistischen Historiographie, dass der amerikanische Imperialismus Fidel Castro in die Arme des Kommunismus und der Sowjetunion getrieben habe, sei ganz falsch. Im Gegenteil: Castros Ego sei groß genug gewesen, sich selbst als eigenständige revolutionäre Kraft zu sehen, die aus eigenem Antrieb Lateinamerika und dann, mit Hilfe seiner Truppen und Berater, auch Teile Afrikas revolutionieren wollte. Schließlich war es Castro, der Chruschtschow während der Kubakrise empfahl, einen nuklearen Angriff gegen die USA zu beginnen, falls das Land erneut eine Invasion Kubas versuchen sollte.

Eine genaue Analyse der Politik Nassers oder auch verschiedener israelischer Staatsmänner komme zu ähnlichen Ergebnissen. Sie seien keine Schachfiguren der Supermächte gewesen, sondern nutzten und verschärften den Kalten Krieg für eigene Zwecke. Als die USA wieder einmal vergeblich dagegen protestierten, dass

19 Martin Sabrow, Die DDR im nationalen Gedächtnis, in: Jörg Baberowski/Eckart Conze/Philipp Gassert/Martin Sabrow, Geschichte ist immer Gegenwart, Stuttgart/München 2001, S. 101.

20 Zit. nach: Peter Przybylski, Tatort Politbüro, Berlin 1991, S. 281.

21 Vgl. The Cold War in Asia, in: Bulletin Cold War International History Project, Issues 6–7, Winter 1995/1996. – Vgl. auch The Cold War in the Third World and the Collapse of Détente in the 1970s, in: ebd., Issues 8–9, Winter 1996/1997; Kathryn Weathersby, The Korean War Revisited, in: The Wilsons Quarterly 23 (Summer 1999), S. 91–97.

Tel Aviv ein Abkommen mit den USA gebrochen habe, antwortete Menachem Begin: »Niemand wird Israel in die Knie zwingen. Sie haben anscheinend vergessen, daß die Juden einzig vor Gott niederknien.«<sup>22</sup>

Damit komme ich zu meinem dritten globalen Leitmotiv, das nicht übergreifende Strukturen in den Blick nimmt, sondern versucht, 1968, den *annus mirabilis*, als globale Wende im Kalten Krieg und seine Hauptereignisse als interdependenten Wirkungszusammenhang zu interpretieren: Die Tet-Offensive, der Einmarsch des Warschauer Paktes in der Tschechoslowakei, Maos erste Öffnung zu den USA, der Nichtverbreitungsvertrag von Atomwaffen, die politische Reaktion der Ölstaaten auf den Sechs-Tage-Krieg, die Zahlungs- und Goldkrise der USA. Das Jahr 1968 war, so die Hypothese, ein entscheidender Umbruch in der Geschichte der Weltpolitik und der Anfang einer Krise der Weltwirtschaft zugleich.<sup>23</sup>

Am 30. Januar 1968 begann das Jahr mit einem Paukenschlag, mit der Tet-Offensive von Guerilla-Kämpfern, Terrorkommandos der Vietkong, aber auch von regulären Einheiten der Nordvietnamesen gegen die amerikanischen Truppen und ihre südvietnamesischen Verbündeten. Das hatte dramatische Folgen für die USA. Die Tet-Offensive brachte die amerikanische Heimatfront ins Wanken, der resignierende Präsident Johnson entschied sich, nicht wieder zu kandidieren. Wichtiger noch: Die Tet-Offensive zwang die US-Strategen, nicht nur ihre Ziele in Vietnam, sondern ihre Rolle im Kalten Krieg und damit ihre Rolle in der Weltpolitik zu überdenken. Die Gültigkeit zweier geheiligter Maximen amerikanischer Weltpolitik, die Truman-Doktrin und die Domino-Theorie, stand, als »we now know«, im Zentrum der Macht selbst zur Disposition. Ironischerweise waren es Gründungsväter des Kalten Krieges – Dean Acheson, Clark Clifford, Paul Nitze und Averell Harriman –, die Johnson zu einem Kurswechsel drängten. Diese sogenannten »weisen Männer« sahen schon im März 1968 keine Alternative mehr zu einem schrittweisen Rückzug aus Vietnam. Sie rieten dem Präsidenten, sich auf die strategischen Interessen der USA in Europa, Japan, dem Mittleren Osten und Lateinamerika zu beschränken. Dieser realpolitische Einbruch in das manichäische Weltbild des Kalten Krieges bereitete die spätere Neuorientierung der Détente-Politik von Nixon und Kissinger vor. Konfrontiert mit einem nicht mehr zu gewinnenden Vietnamkrieg, versuchten Nixon und Kissinger seit 1969 die Eindämmungsideologie der bipolaren Ordnung des Kalten Krieges zu überwinden und an ihre Stelle eine neue, pentagonale Weltordnung zu setzen, die die Sowjetunion, China, Europa und Japan einschließen würde.

Johnson war dazu im März 1968 noch nicht bereit, er selbst dachte weiter in der München-Analogie und wollte nicht als »neuer Chamberlain« in die Geschichte eingehen. Bitter klagte er über den Ratschlag der weisen Männer: »Die Bastarde vom Establishment sind abgesprungen.«<sup>24</sup>

22 Smith, *New Bottles for New Wine*, S. 587.

23 Die folgenden Ausführungen basieren auf dem ersten Versuch, das Jahr 1968 innen- und außenpolitisch als globales Wendejahr zu deuten: Carole Fink / Philipp Gassert / Detlef Junker (Hg.), 1968. *The World Transformed*, New York 1998.

24 Ebd., S. 4.

Weltwirtschaftliche Zwänge deuteten in die gleiche Richtung. Denn im gleichen Jahr 1968 wurde die imperiale Überanstrengung der USA sichtbar. Das wachsende Zahlungsbilanzdefizit des Landes untergrub die Stabilität des internationalen Währungssystems von Bretton Woods. Johnson konnte nicht zugleich den Krieg in Vietnam und seinen Krieg gegen die Armut im eigenen Lande finanzieren, weil der Kongress nicht bereit war, Steuern zu erhöhen. Während der dramatischen Goldkrise im März 1968 konnte der Wechselkursmechanismus (auch mit deutscher Hilfe) zwar noch einmal notdürftig wiederhergestellt werden, aber ihr Ende kam im Gefolge der Ölkrise, deren Ursprung in das Jahr 1968 zurückreichte, als die arabischen Staaten – als Reaktion auf den Sieben-Tage Krieg von 1967 – begannen, eine neue Strategie, Öl als Waffe, zu entwickeln.

Während die amerikanische Domino-Theorie in Vietnam ihre Plausibilität und Legitimität verlor, führte die sowjetische Domino-Theorie die Panzer und Truppen des Ostblocks im August 1968 nach Prag. Mit der Invasion in der Tschechoslowakei und der Breschnew-Doktrin, die es den Staaten des sozialistischen Lagers verbot, außen- und innenpolitisch eigene Wege zu gehen, versuchte die Sowjetunion, den Status quo in Europa zu zementieren. Die erstaunlich schnelle Hinnahme dieses Gewaltstreiches durch den Westen und der schon vorher im Jahr 1968 unterzeichnete Vertrag mit der Sowjetunion über die Nicht-Weiter-Verbreitung von Atomwaffen – der vielleicht wichtigste Vertrag des Kalten Krieges – waren für die Sowjetunion wichtige Voraussetzungen für die Entspannungspolitik in Europa und die Ostverträge. Der Westen, so sahen es die Sowjets, hatte einmal mehr den territorialen Status quo in Mitteleuropa de facto anerkannt und die Bundesrepublik, mit sowjetischer Hilfe, endgültig zum nuklearen Habenichtes gemacht.

Das vielleicht dramatischste Beispiel für die globale Interdependenz im Wendejahr 1968 war allerdings, wie wir jetzt aus der Forschung von Nancy Bernkopf Tucker wissen,<sup>25</sup> die Reaktion von Mao auf Tet und Prag. Mao fürchtete, dass Breschnew seine Doktrin auf Ostasien anwenden und sowjetische Truppen in die umstrittenen nördlichen Grenzregionen gegen das durch die Kulturrevolution geschwächte China senden könnte. Tucker zufolge war die Invasion in Prag ein wichtiges Motiv, um sowohl die Große Proletarische Revolution zu beenden als auch nach einem neuen Verbündeten Ausschau zu halten. Gemäß der alten chinesischen Weisheit, dass man Barbaren benutzen müsse, um Barbaren zu kontrollieren, kam nur ein Barbar in Frage, der möglicherweise die Macht der Sowjetunion neutralisieren konnte, eben die USA. Chinas Einladung an die USA vom November 1968, die Gespräche in Warschau wiederaufzunehmen, war der Anfang des Weges, der zur Revolution in den amerikanisch-chinesischen Beziehungen führte und in dem sensationellen Besuch Nixons im Jahre 1972 in China seinen fernsehgerechten Höhepunkt erreichte.

1968 sollte also nicht nur als eine Chiffre für einen tiefen Einschnitt in der Innenpolitik vieler Gesellschaften der Ersten, Zweiten und Dritten Welt gelten, sondern auch für eine Wende im, wie ich es nennen möchte, Kalten Weltkrieg. Denn das ist überhaupt meines kurzen Beitrages langer Sinn. Wir sollten den Begriff »Kalter

25 Ebd., S. 193–218.

Krieg« durch den Begriff »Kalter Weltkrieg« ersetzen, um die Globalität und globalen Interdependenzen dieses Dritten Weltkrieges des Zwanzigsten Jahrhunderts besser sichtbar werden zu lassen. Wenn das plausibel erscheint, hätte ich meinem Beitrag auch einen anderen Titel geben können: Vom Kalten Krieg zum Kalten Weltkrieg: Ein neues Verständnis der internationalen Beziehungen.

